

## Kopfschuss war kein Mord

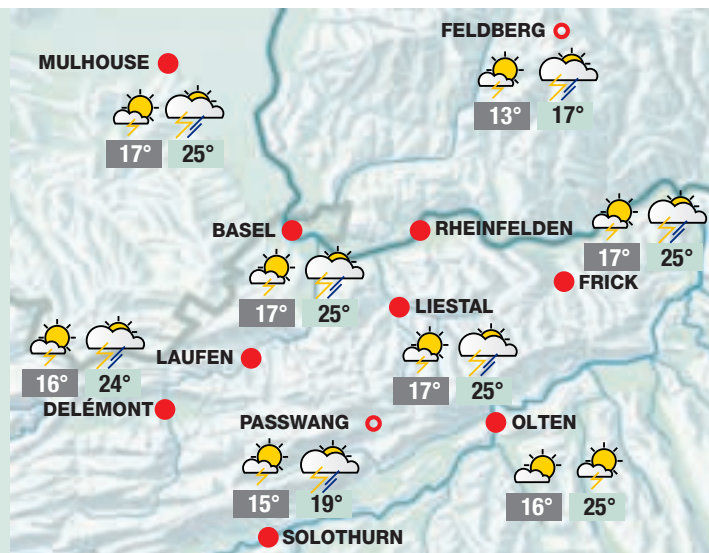
**BASEL.** Nach acht Prozesstagen hat das Strafgericht Basel-Stadt die Urteile im Fall des getöteten Tamilen gefällt. Die Strafen blieben unter dem, was die Staatsanwältin gefordert hatte. Auch den Anträgen der Verteidiger, die in drei Fällen auf Freispruch plädierten, folgte das Gericht nicht. Mit grosser Wahrscheinlichkeit muss das Appellationsgericht den Fall neu beurteilen. > SEITE 33

### angesagt



«Der Atommüll muss rückholbar sein.»

Dies fordert **Sabine von Stockar**. Sie kritisiert, das Konzept der Nagra für ein Tiefenlager für radioaktive Abfälle sei unausgegoren. > SEITE 41



### Ruhegesetz abgeseget

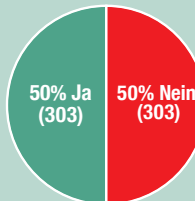
**LIESTAL.** Mit nur einer Gegenstimme hat der Landrat das neue Ruhetagsgesetz in der Schlussabstimmung gutgeheissen. Bei der ersten Lesung beschlossene Änderungen wie die Zulassung von Indoor-Sportveranstaltungen an den vier hohen Feiertagen wurden rückgängig gemacht. > SEITE 40

### frage des tages

#### Keine Elefantenparade: Bedauern Sie das?

Der Circus Knie hat die traditionelle Elefantenparade durch die Basler Innenstadt abgesagt, weil «Ausbrecherkönigin» Sabu fehlt. Bedauern Sie diesen Entscheid? Stimmen Sie ab: > [www.baz.ch](http://www.baz.ch)

**DAS ERGEBNIS DER FRAGE VON GESTERN:** Soll das Grillieren am Rhein eingeschränkt werden?



**BAZ DIREKT.** Haben Sie etwas Aussergewöhnliches erlebt? Möchten Sie die BaZ über ein Ereignis informieren oder auf ein Thema aufmerksam machen? Wir nehmen Ihre Hinweise gerne entgegen. Sie erreichen die BaZ-Regionalredaktion in Basel tagsüber unter **061 639 18 75** oder per E-Mail [stadt@baz.ch](mailto:stadt@baz.ch) oder [online@baz.ch](mailto:online@baz.ch).

**LIESTAL.** Sie erreichen die BaZ-Regionalredaktion in Liestal tagsüber unter **061 927 13 33**, abends unter **061 639 18 75** oder per E-Mail [land@baz.ch](mailto:land@baz.ch) oder [online@baz.ch](mailto:online@baz.ch). Leserbriefe senden Sie bitte an [leserbrief@baz.ch](mailto:leserbrief@baz.ch)

# Zänkische Debatte über Schulharmonisierung

Eine links-bürgerliche Mehrheit im Landrat befürwortet Harnos, die SVP-Attacken konnten daran nichts ändern

SUSANNA PETRIN

**Das Baselbieter Parlament schwenkt auf die Linie von Basel-Stadt ein und sagt Ja zu einem Kredit für die Umsetzung des Frühfremdsprachenkonzepts und nächste Woche voraussichtlich auch Ja zur grossen Schulreform Harnos.**

«Die heutige Debatte ist von schicksalhafter Bedeutung», sagte SVP-Landrat Georges Thüring. Tatsächlich behandelte der Landrat gestern ein mehrteiliges Schulreformpaket, das für die Zukunft des Baselbieter Schulsystems von grosser Bedeutung ist. Am Ende der mehrstündigen Debatte wurde eines klar: Der Landrat wird kommenden Donnerstag, an der zweiten Lesung, den Baselbieter Beitritt zum nationalen Harnos-Konkordat befürworten.

Sagt später auch das Stimmvolk Ja, so wird das kantonale Schulsystem demjenigen von mindestens 13 weiteren Kantonen, darunter Basel-Stadt, angepasst. «26 Systeme für 7 Millionen Einwohner – das gehört der Vergangenheit an», frohlockte Marc Joset (SP). Ein Alleingang des Baselbiets wäre verheerend. Auch die CVP/EVP-Fraktion und ein Grossteil der Grünen lehnten eine «Insellösung», wie es Bildungsdirektor Urs Wüthrich (SP) nannte, vehement ab und sprachen sich klar für Harnos aus.

**SKEPSIS BEI INTEGRATION.** Vertreter der SVP und der FDP warnten vergeblich vor einem «Reformwahn», einer «Bildungsbürokratie» und einer «Volksschule ohne Volk», weil der Kanton Macht über Bildungsfragen an die Erziehungsdirektorenkonferenz abgäbe (Georges Thüring, SVP); vor «50 Millionen Franken Initialkosten» für eine Reform, die qualitativ keine Verbesserungen bringe (Michael Herrmann, FDP); oder vor «staatlichen Funktionären, welche die Erziehungsverantwortung für die Kinder übernehmen» (Thomas de Courten, SVP). Das Parlament trat mit 66 Ja zu 18 Nein bei einer Enthaltung auf das Geschäft ein.

Schwieriger als zu Harnos ist es, eine Prognose darüber zu stellen, wie der Landrat kommende



**Anpassung.** Der Baselbieter Landrat stellte gestern Weichen in Richtung einheitlicheres nationales Schulsystem. Foto Keystone

Woche über den Beitritt zum nationalen Sonderpädagogik-Konkordat entscheiden wird. An der gestrigen ersten Lesung wurde klar, dass die bevorzugte Integration von behinderten Kindern auf mehr Opposition als Harnos stösst. Die FDP ist geschlossener dagegen und auch einige Grüne hegen Zweifel daran.

Mit 62 Ja gegen 19 Nein befürwortete der Landrat einen leicht entschärfenden Änderungsantrag der Grünen: Ein neuer Nebensatz betont, dass bei der integrativen Schulung das Wohl des Kindes und seines Umfelds beachtet werden müsse. Die SP und viele Grüne hoffen, damit ein paar Skeptiker auf die Seite der Befürworter ziehen zu können. «Es geht bei der Integration nicht um ein Dogma, sondern um mehr Entwicklungschancen», beschwichtigte Wüthrich.

**16 MILLIONEN.** Der umstrittenste Aspekt von Harnos ist, dass an der auf sechs Jahre verlängerten Primarschule zwei Fremdsprachen gelehrt werden sollen. Zuerst Fran-

zösisch, später Englisch. Die SVP und grosse Teile der FDP befürchten überforderte Kinder. Ausserdem gehe dies auf Kosten der Muttersprache, der naturwissenschaftlichen Fächer oder der Freizeit, warnte Paul Wenger (SVP). Eva Chappuis (SP) erwiderte, dass keine Schulstunden gestrichen würden, sondern einige hinzukämen. Das sei den Kindern durchaus zuzumuten, denn Schule sei keine «Kinderquälerei», sondern könne auch Spass machen. Das Parlament sagte schliesslich Ja zu einem 16,5-Millionen-Kredit für die Umsetzung des Sprachenkonzepts von 2011 bis 2018 – vorbehaltlich, dass Harnos überhaupt vom Volk angenommen wird.

Ebenfalls ein Ja erntete ein überraschender, neuer Antrag. Lehrer über 55 sollen keine Weiterbildungen für den Frühfremdsprachenunterricht absolvieren müssen. Abgeschmettert wurde hingegen die Idee von Klaus Kirchmeyer (Grüne), die sprachliche Leistungsanforderung auf das «Maturniveau» zu senken.

## «Ein Alleingang wäre teurer»

Bildungsdirektor Urs Wüthrich (SP) hält Harnos für gut und günstig

INTERVIEW: SUSANNA PETRIN

**Diejenigen Landräte, welche eine umfassende Schulreform befürworten, pochen darauf, dass das Projekt im Baselbiet gewissenhaft sowie finanziell und personell machbar umgesetzt wird. Regierungsrat Urs Wüthrich beruhigt sie.**

**BaZ:** Die Gegner von Harnos befürchten eine Einbusse der Ausbildungsqualität auf Kosten der Harmonisierung. Wird das Schulsystem gleicher aber schlechter?



Foto Lea Hepp

**URS WÜTHRICH:** Im Gegenteil. Wenn wir unsere Schule weiterentwickeln wollen, geht das nicht im Alleingang, sondern nur im Austausch mit allen Partnern. Von der Lehrmittlentwicklung bis zur Qualitätssicherung sind wir auf eine gute Zusammenarbeit mit anderen Kantonen angewiesen. Im Baselbiet würde den einzelnen Schulen und Lehrpersonen aber weiterhin der nötige Spielraum für eine individuelle Gestaltung des Unterrichts bleiben.

Unsicher ist aber, ob der Kanton genügend Mittel zur Verfügung haben wird, um die Reform gut umzusetzen. Sogar Harnos-freundliche Landräte machen sich Sorgen darüber.

Der Alleingang käme uns teurer zu stehen, den können wir uns nicht leisten. Dann bräuchten wir einen eigenen Lehrmittelverlag, eigene Ausbildungsgänge für die Lehrpersonen und so weiter. Die nötigen Mittel für die Weiterbildungen der Lehrer sind zu einem grossen Teil bereits bewilligt worden. Ausserdem wurden gegen fünf Millionen Franken zurückgestellt, damit Sekundarlehrer, die vielleicht künftig auf Primarstufe unterrichten werden, keine Lohnverlusten in Kauf nehmen müssen. Die Herausforderung wird vielmehr sein, genug Lehrkräfte zu rekrutieren.

**SVP-Landrat Georges Thüring spricht von 37 Millionen Franken, welche die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion angeblich einsparen müsste...**

Diese Zahl kann ich nicht bestätigen. Da müssen Sie Herrn Thüring fragen.

ANZEIGE

**Weine aus Südafrika**

Charakter Qualität Genuss

[www.siebe-dupf.ch](http://www.siebe-dupf.ch)  
Kasernenstrasse 25  
4410 Liestal

SiebeDupf Weine

### nachrichten

#### Einhelliges Ja für mehr Theatersubventionen

**BASEL.** Das Theater Basel kann für die kommenden Jahre auf mehr Geld von der öffentlichen Hand hoffen (BaZ von gestern). Als Erstes hat am Donnerstag der Basler Grosse Rat einer Subventionserhöhung zugestimmt. Im Baselbiet steht der Entscheid noch aus. Einhellig, inklusive der SVP, sprach sich das basel-

städtische Parlament für eine teuerungsbedingte Erhöhung der Theatersubvention um 1,5 Millionen Franken aus. SDA  
Weitere Berichte aus dem Grossen Rat Seite 34

#### Kritik nach Abgang des Kulturchefs

**BASEL.** Der Abgang von Kulturchef Michael Koechlin (BaZ vom Mitt-

woch) hat ein Nachspiel: Grossrätin Martina Bernasconi (GLP) will in einem Vorstoss Näheres zur Personallie wissen. So fragt sie, ob eine Abgangsentschädigung – wie sie Koechlin erhält – eine neue Stelle in der Verwaltung grundsätzlich ausschliesse. Die CVP fährt in dieser Sache schweres Geschütz auf: Sie will festgestellt haben, dass Stadtpräsident Guy Morin «sich nur noch mit getreuen Vasallen umgibt». map

ANZEIGE

Wissen - wo der Schuh drückt.

ortho-portal.ch

Informieren - Austauschen - Fragen - Teilnehmen



Idylle. Diese Gegend auf dem Bözberg ist ein möglicher Atommülllager-Standort (Blick vom Bözberg Richtung Brugg). Foto Elisabeth Tauss

# Endlager-Gegner machen mobil

Die Kampagne gegen den Bözberg als Lager für radioaktiven Müll hat begonnen

FRANZISKA LAUR, Brugg

**Gegen ein Atommülllager am Bözberg formiert sich Widerstand. Der neu gegründete Verein Kein Atommüll am Bözberg (Kaib) wirft den Aargauer Behörden vor, sich nicht gegen das Endlager gewehrt zu haben. Er befürchtet, dass Nagra und Bund deswegen den Bözberg favorisieren.**

Der grosse Raum im Salzhaus Brugg füllte sich am Mittwoch schnell, als Kaib zur Informationsveranstaltung rief. Während Interessierte bis anhin von Bund und Nagra zum Endlagerkonzept informiert worden waren, konnten sie nun auch die Argumente der Endlagergegner hören. Co-Präsidentin Elisabeth Burgener aus Gipf-Oberfrick betonte, wie wichtig der organisierte Widerstand sei: «Der Bözberg wird bei Bund und Nagra für ein atomares Endlager favorisiert», sagte sie. Doch ein Atommülllager bedeute für die Region nur Nachteile, und anders als an anderen potenziellen Standorten habe sich der Regierungsrat nie deutlich gegen ein Endlager verwahrt.

Sabine von Stockar von der Schweizerischen Energiestiftung wies auf ungelöste Aspekte der Atommüllentsorgung hin, welche die Nagra bis anhin nicht in den Vordergrund gestellt hatte. Die diplomierte Umweltwissenschaftlerin sagte, das Konzept sei technisch nicht ausgereift (siehe Interview rechts) und die Nagra hänge am Tropf der AKW-Betreiber. Doch diese seien daran interessiert, den Atommüll möglichst schnell und kostengünstig unter dem

Boden zu haben, und würden daher die Gefahren verharmlosen.

Unter den rund 150 Teilnehmern befanden sich auffallend viele Fricktaler und auch junge Leute. Ob man das Problem nicht zu sehr von der regionalpatriotischen Seite her betrachte und es an andere Gegenden delegieren wolle, wollten zwei Votanten wissen. Kaib-Co-Präsident Jörg Wyder hingegen befürchtet genau das Gegenteil. Weil am Bözberg bisher kaum Widerstand geleistet worden sei, drohe die Gefahr, dass Nagra und Bund aus politischen Gründen den Bözberg wählen; weil sie glauben, dieses Projekt sei am einfachsten umsetzbar. Dem gelte es entgegenzutreten.

**EINIGE MILLIARDEN.** Weitere Votanten bezweifelten, dass die Kraftwerkbetreiber genügend finanzielle Mittel bereitstellen können, um das Lager über Jahrhunderte, ja Jahrtausende hinweg zu überwachen. Tatsächlich planen die Kraftwerkbetreiber lediglich eine Überwachung von 50 bis 100 Jahren über die Inbetriebnahme des Endlagers hinaus und haben dafür einige Milliarden Franken zur Verfügung. Als Zuhörer im Publikum sass auch Vertreter der Nagra, des Bundes und des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorates. Sie hielten sich mit Statements allerdings zurück.

Dienstag, 22. Juni, findet auch in Olten zum Standort Jura-Südfuss eine Veranstaltung der Endlagerkritiker statt. Stadthaus, 19 Uhr.

## «Das Konzept ist unausgereift»

Expertin sieht Probleme bei der Atommüllagerung

INTERVIEW: FRANZISKA LAUR

**Sabine von Stockar von der Schweizerischen Energiestiftung kritisiert, dass viele Fragen wie die Kennzeichnung eines Endlagers und die Verpackungsweise des Atommülls noch ungeklärt sind.**

**BaZ:** Die Nagra wurde vom Bund beauftragt, Standorte für die Entsorgung des Atommülls vorzuschlagen. Dies hat sie getan. Was stört Sie daran?



**SABINE VON STOCKAR:** Mich stört, dass die Nagra nach Standorten sucht, obschon das Lagerkonzept nicht ausgereift ist.

Wir müssen ein Lager nach dem heutigen Konzept verhindern – egal wo.

**Was sind die Unsicherheitsfaktoren?** Das Problem ist, dass wir eine Lösung brauchen, die bis zu einer Million Jahre sicher ist. Diese Sicherheit gibt es nicht. Daher muss der Atommüll rückholbar sein. Dies ist im Konzept der Nagra nicht vorgesehen. 50 bis 100 Jahre nach Bau des Lagers soll es geschlossen und sich selber überlassen werden. Doch wie kennzeichnet man es, damit unsere Nachfahren auch in 10 000 Jahren noch wissen, welches gefährliche Material an der

Stelle gelagert ist? Was tun, wenn sie Erdwärme nutzen wollen und aus Unkenntnis das Endlager anbohren? Was tun, wenn eine Eiszeit kommt und sich neue Wasserwege öffnen?

**Doch der Opalinus-Ton gilt als ruhiges und stabiles Gestein für eine solche Lagerung.**

Die Gesteinsschicht hat die Nagra bereits einige Male gewechselt. Aber diese ist nicht das Hauptproblem, sondern die Technik. Zum Beispiel wissen wir heute nicht, welche Auswirkungen die heissen Behälter auf Jahrhunderte hinaus auf den Ton haben. Er könnte spröde werden und Risse bekommen.

**Was könnte geschehen?**

Die Radioaktivität kann in das Grundwasser gelangen und unsere Lebensgrundlagen kontaminieren.

**Was fordern Sie?**

Das Lager muss kontrollierbar und der giftige Müll rückholbar sein. Künftige Generationen müssen auf eventuelle Havarien reagieren oder bessere Lösungen dank neuer Erkenntnisse umsetzen können. Die Nagra will uns weismachen, sie habe eine technische Lösung, die für eine Million Jahre sicher sein soll. Genau deshalb sollte die Forschung unabhängig sein.

## Kleine Schule, grosser Zoff

Grindel. Verhandlungen über Fusion empören Nachbarn

ESTHER UGOLINI

**Schüler aus der solothurnischen Gemeinde Grindel sollen künftig im Baselbiet zur Schule. Bärschwil, mit dem sich Grindel Schulkreis und Kindergarten teilt, ist brüskiert.**

Geht es nach den Plänen von Grindel und Wahlen, so steht einem ausserkantonalen Schülertransfer künftig nichts mehr im Weg. Weil es im solothurnischen Grindel nicht mehr genügend Schüler für eine eigene Dorfschule gibt, sollen die Erst- bis Sechstklässler ab dem Schuljahr 2011/12 den Unterricht in der Baselbieter Nachbargemeinde Wahlen besuchen (die BaZ berichtete). Bereits hat der Grindler Gemeinderat Vorabklärungen bei den Behörden in Wahlen und im solothurnischen Amt für Volksschule getroffen.

Die Antwort kam prompt: Anfang Juni stimmte Wahlen einer allfälligen Aufnahme der Schulkinder aus Grindel zu, die kantonalen Stellen gaben grünes Licht für kantonsübergreifende Verhandlungen. Am 24. Juni soll nun die Gemeindeversammlung in Grindel darüber entscheiden, wie es mit der Schule weitergehen soll. Zur Entscheidung werden den Stimmberechtigten drei Varianten vorgelegt: Neben einer Gesamtschule mit sechs zusammengeführten Klassenstufen im Dorf oder der Fusion mit Wahlen steht auch eine gemeinsame Schule mit Bärschwil zur Auswahl.

Allerdings besuchen die Grindler Vorschüler schon seit zehn Jahren in Bärschwil den Kindergarten. Zusammen mit Kleinlützel bilden Bärschwil und Grindel den Schulkreis West. Nicht zuletzt, um die Position der eigenen Dorfschule zu stärken, hat Bärschwil auch an einer Primarschulfusion mit Grindel Interesse signalisiert. Verhandelt wurde aber vornehmlich mit Wahlen: Der Grindler Gemeindepräsident Karl Borer lässt keinen Zweifel daran, dass er seine Gemeinde gerne stärker ans Laufental anbinden würde. «Unser Favorit ist Wahlen», sagt er.

**UNVERSTÄNDNIS.** In Bärschwil stösst er mit solchen Äusserungen auf Unverständnis. «Wir sind vor den Kopf gestossen», sagt der in Bärschwil wohnhafte Sekundarlehrer Bernhard Guntern, der voraussichtlich am 13. Juni in den Gemeinderat nachrücken wird und das Dossier Schulfusion übernehmen würde. Über die ausserkantonalen Fusionsgelüste der Grindler hätten die Bärschwiler aus der Presse erfahren, sagt er. «Mit uns als langjährigen Partnern fanden gar keine Verhandlungen statt», rügt Guntern, der auch die Haltung der solothurnischen Kantonsbehörden kritisiert. Er schlägt die Gründung einer bikantonalen Schularbeitsgruppe als Planungsstelle zwischen den beiden Kantonen vor.

Andreas Walter, Vorsteher des solothurnischen Amtes für Volksschulen, relativiert: «Man ist in dieser Sache weit weg von einem Beschluss.» An der Gemeindeversammlung werde nicht entschieden, wo die Kinder künftig die Schule besuchen würden. «Das grüne Licht gilt lediglich für ein Verhandlungsmandat der Gemeinde Grindel.» Noch im Juni will der Kanton ein gemeinsames Treffen mit Behördenmitgliedern aus Grindel und Bärschwil abhalten. Möglich, dass dabei die Karten nochmals neu gemischt werden, denn mittlerweile hat die Gemeinde Bärschwil den Grindlern ein neues Angebot für eine gemeinsame Primarschule in Bärschwil unterbreitet.

## Schnelle Leitung für Kaiseraugst

Neue Antenne gibt zu reden

**GLASFASER.** 64 von 3131 Stimmberechtigten diskutierten am Mittwochabend an der Kaiseraugster Gemeindeversammlung über die Ortsgemeinschaftsantenne, die modernisiert und ausgebaut werden soll. Widerstand regte sich gegen die Absicht des Gemeinderates, die Erneuerung auf vier Jahre zu etappieren. Ausserdem regte ein Votant an, dass der Gemeinderat prüfen lässt, was es kosten würde, wenn in den nächsten Jahren alle Haushalte mit Glasfaser ausgerüstet würden. Er stellte zwei entsprechende Anträge, zog diese aber wieder zurück, weil der Gemeinderat die Anliegen von sich aus aufnehmen will. Die Gemeindeversammlung stimmte schliesslich dem Kredit von über 1,1 Millionen Franken für die Modernisierung und den Ausbau der Ortsgemeinschaftsantenne mit grossem Mehr zu. Auch alle übrigen Anträge des Gemeinderates wurden gutgeheissen.

Finanziell steht die Gemeinde ausgezeichnet da. In der Jahresrechnung 2009 resultiert ein Überschuss von 7,742 Millionen Franken. NFZ

## Aufwertung im Dorfzentrum

Lausen. Wolfgasse wird für 1,15 Millionen saniert

CHRISTIAN FINK

**Der Zugang zum Dorfzentrum wird überholt und freundlicher gestaltet.**

Die Wolfgasse in Lausen ist nicht nur einfach ein 160 Meter langes Strassenstück: Sie erschliesst das Dorfzentrum und einen grossen Teil des Siedlungsgebiets von Lausen Nord. Die Fahrbahn befindet sich jedoch in einem schlechten Zustand. Auch die Randabschlüsse sind weitgehend defekt. «Wir müssen etwas tun», sagte Gemeinderat Hanspeter Stucki bei der Präsentation der durch die Einwohnerversammlung nun abgesetzten Sanierungsmassnahmen.

Dabei soll aber nicht nur die Fahrbahn instand gesetzt werden. Gleichzeitig soll im Bereich Hauptstrasse/Wolfgasse ein ansprechender Haupteingang zum Zentrum Lausens geschaffen werden. Dazu gehört, dass die Sicherheit für die Fussgänger verbessert, die Fahrgeschwin-

digkeiten reduziert, das Parken neu geregelt und der Strassenraum mit Bäumen aufgewertet wird. Auch wird die Strassenbeleuchtung teilweise erneuert.

Zudem sollen die Einmündungsbereiche verbreitert werden. Die Fahrbahn wiederum wird durch eine Mittelrinne optisch verschmälert. Das mitten in der Wolfgasse verlaufende, eingedolte Furlenbächli bleibt auch nach der Sanierung eingedolt. Insgesamt kostet die Sanierung 1,15 Millionen Franken.

**ÜBERSCHUSS.** Die Lausener Rechnung 2009 schliesst bei einem Aufwand von 16,3 Millionen mit einem Ertragsüberschuss von 150 000 Franken, dies bei einem budgetierten Fehlbetrag von 350 000 Franken. Weniger Ausgaben bei der Sozialhilfe, geringere Steuereinnahmen und ein höherer Finanzgleichgewicht prägen das Bild.

ANZEIGE

**JETZT ABSTIMMEN!**

**2x NEIN zu den radikalen, Milliarden teuren Deponie-Initiativen**

**JA zum Gegenvorschlag**

**Statt jahrelange Rechtshändel: Jetzt sanieren - mit Vernunft und Augenmass!**



Die Partei des Mittelstandes